

»Unsere Heimat ist Bhutan«

Flüchtlinge in Nepal: Ausharren abseits der Weltöffentlichkeit

von Irmgard Wagner

Fast 90.000 Menschen sind aus Bhutan geflohen, seitdem die Regierung eine Politik der Ausgrenzung gegenüber jenem Teil der Bevölkerung betreibt, der von Nepalis abstammt. Das Schicksal dieser Menschen ist ungewiß und wird von der Weltöffentlichkeit kaum beachtet. Über ihre Rückkehr erzielen Bhutan und das am stärksten von der Flüchtlingswelle betroffene Nepal keine Einigung. Können die Vereinten Nationen vermitteln? In den Flüchtlingslagern geht die Angst um, vergessen zu werden.

Es ist noch früh am Morgen in Kathmandu, als unser Fahrer den Motor des klapprigen indischen Jeeps anwirft. Ich begleite Pratima Khadka, eine gebürtige Nepalesin, und ihren bhutanesischen Ehemann Rakesh Chhetri auf ihrer Reise an die südöstliche Grenze Nepals. Ziel sind die bhutanesischen Flüchtlingslager in den Distrikten Jhapa und Morang. Zweck des Unternehmens ist es, zehn Nähmaschinen und sechs Schreibmaschinen in eines der Camps zu bringen. Der Monsunregen hat große Teile der 500 Kilometer langen Strecke weggeschwemmt. Abgerutschte Felsblöcke und Geröll blockieren den Weg.

Pratima Kadkha ist eine von vielen Tausend Nepali sprechenden Bhutanesen, die seit 1990 systematisch aus dem Königreich vertrieben werden. Seit der Einführung eines neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes im Jahre 1985 gilt nur noch als rechtmäßiger bhutanesischer Bürger, wer durch eine Steuerurkunde nachweisen kann, daß er sich seit 1958 oder davor im Lande aufhält. Die einseitige Anwendung des Gesetzes offenbarte in den Augen der nepalistämmigen Bevölkerung, daß es sich eigentlich um eine Abschiebungstaktik handelte. Selbst Menschen, die seit Generationen in Bhutan lebten, konnten mangels bestimmter Schriftstücke in die Kategorie »Ausländer« fallen.

Zugleich bemühte sich die bhutanesishe Regierung im Rahmen einer rigiden »Eine Nation, ein Volk«-Politik die tibetische Drukpa-Kultur über das ganze Land zu verbreiten – ungeachtet der Tatsache, daß an die Hälfte der heutigen Bevölke-



Pratima Kadkha flüchtete im Mai 1991 aus Bhutan nach Nepal.

rung Bhutans Nachfahren hinduistischer Nepalesen sind. Seit 1989 zwingt die Regierung die nepalistämmigen Einwohner, die traditionelle – und für den warmen Süden ungeeignete – Kleidung der Nordbhutanesen zu tragen. Gleichzeitig wurde ein auf dem Buddhismus basierendes System von Verhaltensregeln für alle Bhutanesen verpflichtend gemacht. Die südliche Bevölkerung klagte bald darüber, daß man ihr vorschrieb, wie tief die Verbeugung gegenüber Vorgesetzten zu sein hat, wie Geschenke überreicht werden, ja sogar, wie man eine Schüssel beim Essen zum Mund führen darf.

»Am schmerzlichsten aber war es für uns, daß *dzongkhe*, ein tibetischer Dialekt, als offizielle Sprache eingeführt und das Unterrichten von Nepali verboten wurde«, erläutert Pratima. Bei Verstoß gegen die neuen Gesetze drohen nicht nur

Geldstrafen und Haft, schlimmer noch: der Verlust der bhutanesischen Staatsbürgerschaft und die Ausweisung.

Proteste gegen diesen gewaltsamen Integrationsprozeß und Forderungen nach Freiheit, Mitbestimmung und Demokratie werden als Angriff auf die traditionelle bhutanesishe Kultur verstanden. Von dem Nachbarstaat Nepal, in dem 1990 die Demokratie eingeführt wurde, befürchteten die Machthaber in Bhutan ein Überschwappen revolutionärer Ideen. Die nepalistämmige Bevölkerung gilt als potentieller Träger dieses – unerwünschten – liberalen Gedankengutes.

Bei einer Rast in Hetauda erzählt Pratima von den Ereignissen, die zu ihrer Flucht geführt haben. Am 4. November 1989 wurde ihr Schwager Man Bahadur Chhetri in seiner Zelle erhängt aufgefunden. Chhetri war Mitglied der ersten bhutanesischen Menschenrechtsorganisation BFHR (*Bhutan Forum for Human Rights*), die ein Jahr vor seinem mysteriösen Tod im nepalesischen Exil gegründet wurde. Für Pratima und ihre Familie begann ein Alptraum. Ihr Mann Rakesh, zu dieser Zeit stellvertretender Direktor der Staatlichen Handelsgesellschaft Bhutans, wollte die offizielle Selbstmordversion nicht akzeptieren. »Etliche Hinweise von Freunden bestätigten meine Vermutungen, daß Man Bahadur von den Sicherheitskräften umgebracht wurde«, stellt Rakesh fest. Als Folge dieser Haltung wurde er aus seinem Beruf gedrängt. Offenbar hatte die Regierung nun auch ein Auge auf ihn geworfen.

Pratima konnte ihren Beruf als Lehrerin im Süden des Landes nicht mehr ausüben, da die Regierung dort im Anschluß an eine Massendemonstration alle Schulen geschlossen hatte. Armee und Polizei waren gegen Demonstranten vorgegangen. »Jeden Tag«, erzählt Pratima in Erinnerung an das Jahr 1990, »hörte ich, daß Freunde über Nacht von fremden Offizieren abtransportiert wurden.« Aus Angst, selbst ein Opfer der Vergewaltigungen und des blinden Verfolgungswahns zu werden, verließ das Ehepaar mit seinem siebenjährigen Sohn und der vierjährigen Tochter im Mai 1991 in einem der ersten Flüchtlingsströme das Land.

Mit etwa 20 Kilometern pro Stunde quälen wir uns über die ausgewaschene Piste nach Süden. Hier unten, im tropischen Terai, ist die Hitze kaum zu ertragen. Über

Die Ethnologin und Journalistin Irmgard Wagner lebt in Nepal.

Stunden fahren wir an flachen Sumpfwäldern vorbei, Schwärme von Mücken und Moskitos flirren durch die heiße Luft. Bauern treiben ihre ausgemergelten Kühe zu den Märkten der größeren Städte. Rechts und links der Straße stehen winzige Hütten, zusammengeschustert aus Holz, Plastik und Stroh.

Je näher wir unserem Ziel kommen, um so mehr verwandelt sich die Fahrbahn in eine Art Basar. An den Straßenrändern stehen Holztische, auf denen die Bewohner der umliegenden Dörfer Fleisch, Süßwaren und allerlei Kleinwaren anbieten. Am Haupteingang des eingezäunten Flüchtlingsdorfs wacht ein bewaffneter Posten. Das Camp wirkt wie ein Militärlager. Der Vorsteher überprüft unsere Papiere. Nach allen Richtungen führen schnurgerade Lehmstraßen, gesäumt von Bambushütten, zwischen denen wir Reihen mit Latrinen erkennen. Die meisten Bewohner halten sich in den Hütten auf, um sich vor der Hitze zu schützen.

Die Zahl der in Nepal und Indien asylsuchenden Bhutanesen ist über die Jahre auf 86.000 gestiegen. Untergebracht sind sie in acht zum Teil überfüllten Lagern. Weitere 15.000 Menschen leben unregistriert außerhalb der Camps. Seit September 1991 hat das UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) – auf Wunsch der nepalesischen Regierung – die Koordination der Hilfsangebote übernommen. Über zehn Organisationen kümmern sich um die Flüchtlinge. Die Hilfsleistungen reichen von der Lebensmittelverteilung über medizinische Behandlung und Erwachsenenbildung bis hin zur psychologischen Betreuung von Vergewaltigungs- und Folteropfern. Zu Beginn war, so das UNHCR, die Lage äußerst prekär. Die Menschen starben an Unterernährung und infolge schlechter medizinischer Versorgung. Seit Ende 1992 ist die Situation jedoch unter Kontrolle.

Dennoch sieht Pratima für sich und ihre kleine unabhängige Organisation ein Aufgabenfeld. Viele der jungen Mädchen sind nach Auskunft des *Centre for Victims of Torture* (Zentrum für Folteropfer) in Bhutan vergewaltigt worden. An die 700 junge Frauen hat dies so sehr zu Außenseiterinnen gemacht, daß sie inzwischen als Prostituierte arbeiten. Pratima will ihnen mit Näh- und Schreibmaschinenkursen die Chance zu geben, einen Job in der Lagerverwaltung oder in den Städten der näheren Umgebung zu finden. Zudem geht es der Aktivistin um politische Aufklärung: »Es ist an der Zeit, die Menschen aus ihrer Lethargie zu befreien. Wir müs-



86.000 Bhutanesen haben in Indien und Nepal Asyl gesucht. Sie leben in teilweise überfüllten Flüchtlingslagern.

sen sie daran erinnern, daß wir nichts als Almosenempfänger in einem fremden Land sind. Unsere Heimat ist Bhutan.«

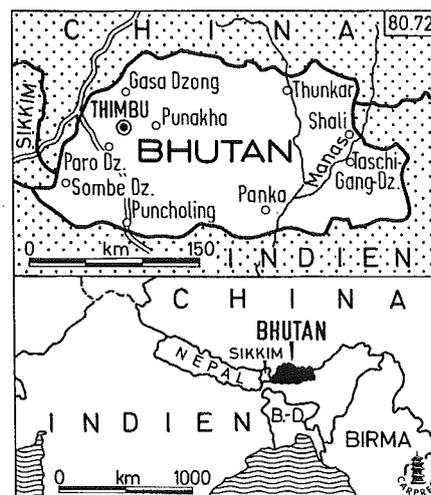
Eine ältere Frau winkt uns zu sich. Ihr Sohn ist erst vor einigen Wochen aus einem bhutanesischen Gefängnis entlassen worden. Draußen auf der Straße wirkt alles leer und ausgestorben. Drinnen in der Hütte lebt auf rund zwanzig Quadratmetern die zehnköpfige Familie Paudel. Mit flinken Handgriffen räumt ein Mädchen ein Bett frei, das tagsüber als Regal oder Anrichte genutzt wird, damit wir sitzen können. Aus dem mit zerschissenen Vorhängen abgetrennten Nebenzimmer humpelt B.K. herein.

Am 7. November 1990, so erzählt K., wurde er am frühen Morgen in seinem

Haus von bhutanesischen Sicherheitskräften verhaftet – sie gaben die Teilnahme an einer zwei Monate zurückliegenden Demonstration als Grund an. Auf dem Weg in die ehemalige Schule, die als Gefangenenlager diente, sei er geschlagen worden. Am nächsten Morgen betrat ein Armeeeoffizier die Zelle und beschuldigte ihn »anti-nationaler Aktivitäten«. Obwohl K. jegliche politische Tätigkeit abtritt, rief der Offizier zwei Soldaten herbei. »Meine Oberschenkel wurden zwischen zwei Holzstäbe gepreßt, die an einer Seite zusammengebunden waren. Die Soldaten stellten sich auf die offene Seite und begannen, auf dem Stab herumzuspringen.« Ohnmächtig wachte der Gefolterte später auf dem Boden seiner Zelle auf. Er krepelt seine Hose bis zum Oberschenkel hoch und zeigt auf die vernarbten Quetschungen.

Dreieinhalb Jahre hat K. nach eigenen Angaben ohne Gerichtsverhandlung in verschiedenen Haftanstalten zugebracht. Die Folterungen rissen nicht ab. Amnesty International und die Menschenrechtsorganisation *Ahura Bhutan* berichten von ähnlichen Leidensgeschichten.

In der Dämmerung verlassen wir das Lager. Der Basar zu beiden Seiten der Straße leert sich, die Dorfbewohner ziehen mit ihren Waren nach Hause. »Sie betreiben eine Art Tauschhandel mit den Flüchtlingen«, erklärt Rakesh. Nach Angaben des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge erhalten die Lagerinsassen pro Person täglich 430 Gramm Reis, 60 Gramm Linsen, 25 Gramm Öl, 20 Gramm Zucker und 10 Gramm Salz. Die einheimische Bevölkerung bekommt keine Spen-

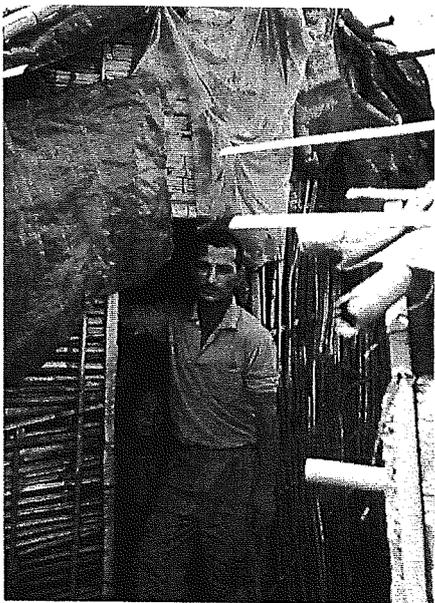


Bhutan hat knapp 1,2 Millionen Einwohner. Etwa die Hälfte sind nepalesischer Abstammung.

den und muß ohne internationale Hilfe zu recht kommen. Dürftiger Lagerproviant geht so gegen Hühner oder ein paar Eier über den Tisch. Ein Geschäft zwischen Armut und Elend.

Nepal beherbergt, gemessen an der eigenen Einwohnerzahl, von allen Ländern Südostasiens die meisten Flüchtlinge. Schon jetzt ist jeder sechste Bewohner in den dicht besiedelten Distrikten Jhapa und Morang ein Flüchtling. Vertriebene und Einheimische konkurrieren um Arbeitsplätze sowie Land-, Holz- und Wasserressourcen. Während die Stimmung in diesen Gebieten zusehends bedrückter wird, verzetteln sich die jeweils verantwortlichen Innenminister Nepals und Bhutans seit 1993 in bislang fruchtlosen Verhandlungen darüber, was mit den Lagerinsassen geschehen soll.

Streitpunkt ist die Einteilung der Flüchtlinge in Kategorien. Nur Bhutanesen, die beweisen können, daß sie zwangsweise ausgewiesen wurden, will die Regierung zurück in ihr Heimatland lassen. Das wären nach Ansicht der bhutanesischen Vertreter zwischen 12.000 und 15.000 Menschen. Die nepalesischen Verhandlungspartner bestehen dagegen darauf, daß viele, die angeblich freiwillig emigriert sind, unter starkem Druck gegangen sind. Wird die Drohung der Nepalesen, das Problem demnächst vor die Vereinten Nationen zu bringen, Wirkung zeigen? Beabsichtigt Nepal dies tatsächlich? Unter den Flüchtlingen geht die Angst davor um, in Vergessenheit zu geraten und schließlich im Heer der Armen unterzugehen. ◇



Folteropfer B.K. - Narben zeugen vom brutalen Vorgehen der Militärs.

Hausarrest für die Demokratie

Seit der Annullierung der Präsidentschaftswahlen steckt Nigeria in einer Dauerkrise

von Heinrich Bergstresser

Im bevölkerungsreichsten Land Afrikas glaubt kaum noch jemand an ein baldiges Ende der Militärherrschaft. Willkür und grobe Menschenrechtsverletzungen zwingen viele Nigerianer, ihre Heimat zu verlassen. Die Militärs sind fest entschlossen, die zementierten Machtstrukturen innerhalb der maroden Föderation mit allen Mitteln zu verteidigen.

Nigeria gerät zunehmend in die Rolle des afrikanischen Paria, eine Position, die bisher Zaire oder auch Südafrika bis zur Freilassung Nelson Mandelas innehatten. Der gewählte Präsident Mashood Abiola, Menschenrechtler und Gewerkschaftler sitzen im Gefängnis, der ehemalige Staatschef General Olusegun Obasanjo steht unter Hausarrest, die beliebtesten Zeitungen sind geschlossen, kritische Journalisten haben Reiseverbot.

Dem Literaturnobelpreisträger Wole Soyinka entzogen die nigerianischen Sicherheitsdienste den Reisepaß und sogar den UNESCO-Dienstpäß, der ihm diplomatische Immunität verlieh, so daß er über die grüne Grenze gehen mußte, um seiner Verhaftung zu entgehen. Ken Saro Wiwa, der bekannte Schriftsteller und Kämpfer für die Rechte der Minoritäten, Träger des Alternativen Nobelpreises, steht in Port Harcourt vor einem Militärtribunal. Ihm droht die Todesstrafe, die in den vergangenen Monaten wieder regelmäßig vollstreckt wurde. Bleierne Leere scheint über dem Land zu liegen. Als im Frühjahr 1995 ein Putschversuch gegen das Abacha-Regime aufgedeckt wurde, überzogen die Generäle das Land mit einer neuen Verhaftungswelle.

Der starke Mann an der Spitze des nigerianischen Staates, General Sani Abacha, sorgte mit seiner Machtübernahme am 17. November 1993 für repressive Kontinuität im bevölkerungsreichsten Land Afrikas. Und die siebte Militärregierung seit der Unabhängigkeit 1960 begrub denn auch in jenen Novembertagen die letzte Hoffnung auf einen freiwilligen Rückzug der Generäle in die Kasernen.

General Ibrahim Babangida, der sich 1985 an die Spitze des Staates geputscht hatte, legte ein Jahr später sein konstruiertes, von der internationalen Gemeinschaft akzeptiertes Demokratisierungsprogramm vor. Die Gründung und Alimenterung zweier Staatsparteien, der *Social Democratic Party* (SDP) und der *National Republican Convention* (NRC) wurde im In- und Ausland als Chance verkauft, die religiös-ethnisch gefärbten Nord-Süd-Gegensätze zu überwinden und Partikularinteressen zu neutralisieren.

Schon damals zweifelten kritische Gruppierungen an der Möglichkeit, demokratische Strukturen durch eine zu tiefst undemokratische Institution schaffen zu können. Dennoch sprangen Heerscharen von Akademikern und Verwaltungsbeamten, von Politikern und Geschäftsleuten auf den Demokratisierungszug auf. Zu groß war der Anreiz von Ämtern und Posten, die zu vergeben waren, zu lukrativ die Aussicht, die Staatsführung übernehmen zu können und die Militärs dorthin zu schicken, wo sie hingehörten.

Die vielen Pannen und Verzögerungen bei der schrittweisen Umsetzung des ambitionierten Programms schienen den Skeptikern Recht zu geben. Doch als sich schließlich die beiden handverlesenen und von Babangida persönlich genehmigten Kandidaten Mashood Abiola, ein Yo-

Dr. Heinrich Bergstresser ist Mitglied der Afrika-Redaktion der Deutschen Welle. Von 1991-1994 arbeitete er für die Friedrich-Naumann-Stiftung in Nigeria und Ghana.